

ENTWURF- INTERNES ARBEITSMATERIAL FÜR DIE KOMMISSION

Kommission Marxistische Theorie und Bildung

der Deutschen Kommunistischen Partei

Bildungsmaterial 3/2013 - 2014

Referenten-Material zum Bildungsthema

„Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“

(Teil 3. Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes)

Zweck und Aufbau des Materials

Mit diesem Material stellen wir den Bildungsverantwortlichen der DKP eine Hilfestellung für die Durchführung des zentral beschlossenen Bildungsthemas "Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus" – *Teil 3 Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes* zur Verfügung.

Es ersetzt nicht die Lektüre des Originaltextes.

Es ist auch nicht dazu geeignet als ein in sich geschlossenes Referat vorgetragen zu werden. Dazu ist es zu umfangreich. Das Material soll den Bildungsverantwortlichen Hintergrundinformationen und zusätzliches Wissen an die Hand geben und zugleich aktuelle Bezüge zu heutigen Fragestellungen herstellen. Es ist für den Ablauf von zwei Bildungsabenden angelegt.

Wir gehen davon aus, dass im Mittelpunkt des ersten Bildungsabends der LeninText selbst steht. Wegen seiner Kürze ist dieser Textabschnitt dazu geeignet, auch noch auf der Bildungsveranstaltung selbst abschnittsweise vorgetragen zu werden. Für Erläuterungen des

Lenin-Textes ist Kapitel 3 des Referentenmaterials vorgesehen, in denen der theoretische und geschichtliche Hintergrund und Grundbegriffe vermittelt werden.

Für den zweiten Bildungsabend ist das Kapitel 4 zur Diskussion aktueller Fragen vorgesehen.

Das Material ist deshalb folgendermaßen gegliedert:

- 1. Entstehungsgeschichte des Textes**
- 2. Originaltext**
- 3. Erläuterungen und Vertiefungen zum Textabschnitt III (1. Bildungsabend)**
- 4. Aktuelle Strategiediskussion (2. Bildungsabend)**
- 5. Fragen zum Text (fehlt noch)**
- 6. Anhang: wichtige Begriffe zum Bereich "Strategie"(fehlt noch)**

Auch zu diesem Referenten-Material wird es sicherlich Hinweise und Kritik aus der Partei geben. Die Bildungskommission ist dankbar für alle Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge.

Essen im 2014

1. Entstehungsgeschichte des Lenin-Textes „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“

Zum Verständnis dieses Referenten-Materials sei zunächst folgender Hinweis gegeben:

Das Material setzt an den zwei vorangegangenen Bildungsmaterialien zum Teil „Philosophie“ und „Ökonomie“ des Lenin-Textes an. Die textgeschichtliche und historische Einordnung braucht deshalb hier nicht noch einmal ausführlich dargelegt zu werden. Wir verweisen auf das Referenten-Material Nr. 1 und zitieren dazu nur eine Passage:

„Der kurze Lenin-Text ‘Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus` erschien am 3. März 1913. Äußerlicher Anlass der Entstehung von ‘Drei Quellen` waren ... die zahlreichen Gedenkartikel zum 30. Todestag von Marx, in denen die mehrheitlich reformistisch beeinflussten Theoretiker und Publizisten der bereits revisionistisch geprägten Sozialdemokratie das theoretische Erbe von Marx in ihrem Sinne bewerteten. Lenins Artikel, der sich an ein breites, theoretisch nicht übermäßig bewandertes Publikum wendet, ist eine allgemeinverständliche Antwort auf solche bürgerlichen wie revisionistischen Entstellungen.

Dabei gilt es zu verstehen, warum Lenin mit besonderem Nachdruck die historisch nicht zurücknehmbare Verbindung der Marxschen Lehre zu ihren theoretischen Quellen unterstrich. Der revisionistische Angriff auf den Marxismus beginnt mit der Herauslösung, Verabsolutierung und Umformung eines seiner Bestandteile; er ist vor allem gekennzeichnet durch eine Zerreißung, Entstellung, Verzerrung und Verfälschung des dialektischen Zusammenhanges der Marxschen Lehre mit ihren ideengeschichtlichen Quellen.

Zu nennen wäre hier u. a. die Herauslösung der Marxschen Philosophie aus dem Gesamtsystem und seine Verbindung mit dem Kantianismus, die damit einhergehende Verabsolutierung der politischen Ökonomie und die Propagierung eines mechanistischen Ökonomismus sowie die Trennung des Sozialismus als moralischen Imperativs von den historischen Entwicklungsgesetzen.“

„Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“ steht im Zusammenhang mit einer ganzen Reihe Leninscher Texte unterschiedlicher Länge und unterschiedlichen theoretischen Anspruchs, deren gemeinsames Ziel die Verteidigung einer authentischen Interpretation des

Marx'schen Werkes gegen unzählige „Verbesserungen“, „Weiterentwicklungen“ und „Modernisierungen“ ist.

Im **Abschnitt III** dieser kurzen Einführung in den Marxismus geht es nach der Erläuterung der philosophischen Grundlagen und seiner politökonomischen Grundaussagen in den Abschnitten I und II um die Erläuterung der revolutionären Strategie und Taktik der Kommunisten und deren Abgrenzung von anderen sich auch als „sozialistisch“ verstehenden Strömungen, insbesondere des Reformismus.

2. Originaltext (Auszug):

Wladimir Iljitsch Lenin: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus (März 1913)

„III

Als der Feudalismus gestürzt und die „freie“ kapitalistische Gesellschaft zur Welt gekommen war, zeigte es sich sogleich, daß diese Freiheit ein neues System der Unterdrückung und Ausbeutung der Werktätigen bedeutet. Als bald kamen verschiedene sozialistische Lehren auf, als Widerspiegelung dieser Unterdrückung und als Protest gegen sie. Doch der ursprüngliche Sozialismus war ein utopischer Sozialismus. Er kritisierte die kapitalistische Gesellschaft, verurteilte und verfluchte sie, träumte von ihrer Vernichtung, phantasierte von einer besseren Ordnung und suchte die Reichen von der Unsittlichkeit der Ausbeutung zu überzeugen.

Der utopische Sozialismus war jedoch nicht imstande, einen wirklichen Ausweg zu zeigen. Er vermochte weder das Wesen der kapitalistischen Lohnsklaverei zu erklären noch die Gesetze der Entwicklung des Kapitalismus zu entdecken, noch jene gesellschaftliche Kraft zu finden, die fähig ist, Schöpfer einer neuen Gesellschaft zu werden.

Indessen enthüllten die stürmischen Revolutionen, von denen der Untergang des Feudalismus, der Leibeigenschaft, überall in Europa und besonders in Frankreich begleitet war, immer augenfälliger den Kampf der Klassen als Grundlage der gesamten Entwicklung und als ihre treibende Kraft.

Kein einziger Sieg der politischen Freiheit über die Klasse der Feudalherren wurde errungen ohne deren verzweifelten Widerstand. Kein einziges kapitalistisches Land bildete sich auf mehr oder weniger freier, demokratischer Grundlage, ohne daß ein Kampf auf Leben und Tod zwischen den verschiedenen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft stattfand.

Die Genialität Marx' besteht darin, daß er es früher als alle anderen verstand, daraus jene Schlußfolgerungen zu ziehen und konsequent zu entwickeln, die uns die Weltgeschichte lehrt. Diese Schlußfolgerung ist die Lehre vom Klassenkampf.

Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klassen zu suchen. Die Anhänger von Reformen und Verbesserungen werden immer von den Verteidigern des Alten übertölpelt werden, solange sie nicht begreifen, daß sich jede alte Einrichtung, wie sinnlos und faul sie auch erscheinen mag, durch die Kräfte dieser oder jener herrschenden Klassen behauptet. Um aber den Widerstand dieser Klassen zu brechen, gibt es nur ein Mittel: innerhalb der uns umgebenden Gesellschaft selbst Kräfte zu finden, aufzuklären und zum Kampf zu organisieren, die imstande – und infolge ihrer gesellschaftlichen Lage genötigt – sind, die Kraft zu bilden, die das Alte hinwegzufegen und das Neue zu schaffen vermag.

Erst der philosophische Materialismus von Marx hat dem Proletariat den Ausweg aus der geistigen Sklaverei gewiesen, in der alle unterdrückten Klassen bisher ihr Leben fristeten. Erst die ökonomische Theorie von Marx hat die wirkliche Stellung des Proletariats im Gesamtsystem des Kapitalismus erklärt.

In der ganzen Welt, von Amerika bis Japan und von Schweden bis Südafrika, mehren sich die selbständigen Organisationen des Proletariats. Es schreitet in seiner Aufklärung und Erziehung fort, indem es seinen Klassenkampf führt, es entledigt sich der Vorurteile der bürgerlichen Gesellschaft, schließt sich immer enger zusammen und lernt, an seine Erfolge den richtigen Maßstab anzulegen, stählt seine Kräfte und wächst unaufhaltsam.“

3. Erläuterungen zum Textabschnitt III (Strategie)

3.1. Warum brauchen wir überhaupt eine Strategie und Taktik?

Viele fortschrittliche Strömungen haben in den Jahrhunderten vor der Entstehung der politischen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts Ideen verfochten, die mehr Gerechtigkeit für die Lage der Armen und Ausgebeuteten forderten. Der Text „Drei Quellen“ spricht besonders von den Ideen des **„utopischen Sozialismus“**. Dieser war „jedoch nicht imstande, einen wirklichen Ausweg zu zeigen. Er vermochte weder das Wesen der kapitalistischen Lohnsklaverei zu erklären noch die Gesetze der Entwicklung des Kapitalismus zu entdecken, noch jene gesellschaftliche Kraft zu finden, die fähig ist, Schöpfer einer neuen Gesellschaft zu werden.“ (Vergl. Das Stichwort „utopischer Sozialismus“ im Anhang) Erst mit der Entstehung und Entwicklung des modernen Industrieproletariats und der marxistischen Theorie konnten die Unzulänglichkeiten und Irrtümer dieser Vorläufer des wissenschaftlichen Sozialismus und auch der verschiedenen damaligen nichtproletarischen sich als „sozialistisch“ verstehenden Strömungen überwunden werden.

Die Strategie des Marxismus zielt darauf ab, sowohl den Kern, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, als auch die „kapitalistische Hülle“ die Widersprüche der modernen industriellen Produktionsweise zu überwinden ggf. zu zerbrechen und auf einer höheren, der sozialistischen Ebene wieder aufzuheben. Auf diesem Weg müssen sowohl Konzeptionslosigkeit, revolutionäre Ungeduld, Spontaneismus als auch reformistische Irrwege vermieden werden. Lenin zog aus den Erfahrungen der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts Konsequenzen für die Strategie des proletarischen Klassenkampfes ganz im Sinne eines Wissenschaftsbegriffs, der sich nicht mit der Katalogisierung, Analyse und Interpretation der Wirklichkeit begnügt. Gemäß des historischen und dialektischen Grundverständnisses von Natur- und Gesellschaft suchten Marx, Engels und Lenin systematisch nach Kräften, Methoden und Mitteln zur *Überwindung* des Ausbeutersystems. Es gung ihnen um bewusste und planmäßig herbeigeführte Veränderungen der Kräfteverhältnisse im Klassenkampf, der nicht an den Schranken der kapitalistischen Produktionsweise und bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsform halt macht, sondern sie überwindet. Alles andere wäre der Weg in die Sackgasse des Reformismus.

Der Reformismus verschleiert den qualitativen Unterschied zwischen dem Kampf um Reformen innerhalb des Kapitalismus und dem notwendigen revolutionären Bruch mit dem kapitalistischen System. Er tritt auf in verschiedenen Varianten von angeblich „systemüberwindenden Reformen“, „Reformalternativen“ und „Transformationsstrategien“ und verharmlost die Unversöhnlichkeit der Widersprüche zwischen der kapitalistischen Ausbeuterklasse und den Werktätigen, die ohne eine fundierte Strategie und die Anwendung revolutionärer Methoden in dieser oder jener Form nicht überwunden werden können.

Das Referentenmaterial befasst sich in erster Linie mit der „Lehre vom Klassenkampf.“ Die Frage der Parteitheorie und –organisation wird in einem späteren Bildungsmaterial behandelt.

3.2. Grundlegendes über Strategie und Taktik als „Lehre vom Klassenkampf“

Im dritten Abschnitt von „Drei Quellen“ formuliert Lenin die wichtigsten Schlussfolgerungen für die Strategie und Taktik des wissenschaftlichen Sozialismus. Der Kern dieser Schlussfolgerungen lässt sich in den Begriffen „Lehre vom Klassenkampf“ und „selbständige Organisation des Proletariats“ zusammenfassen.

Wie Lenin in dem nur wenige Wochen nach „Drei Quellen“ verfassten Lexikon-Artikel „Karl Marx“ schrieb, hielt“ Marx den Materialismus ohne *diese* Seite zu Recht für halb, einseitig und totenhaft.“ (W.I. Lenin: Karl Marx, Werke Band 21, S. 64)

Man kann die Formulierung „Lehre vom Klassenkampf“ auch mit einem anderen Begriff als „*Lehre und Wissenschaft von der revolutionären **Strategie und Taktik** der Kommunistischen Partei*“ bezeichnen.

Das „Lehrbuch des Wissenschaftlichen Sozialismus“ schreibt dazu: „Die Strategie und Taktik nimmt in der politischen Führungstätigkeit dieser Parteien in allen Etappen der Verwirklichung der welthistorischen Mission der Arbeiterklasse einen zentralen Platz ein. Unter politischer *Strategie und Taktik* verstehen wir:

Erstens eine *wissenschaftliche Lehre*, die als Bestandteil des wissenschaftlichen Sozialismus die *strategischen und taktischen Ansichten* des Marxismus-Leninismus, wesentliche *allgemeine Prinzipien der politischen Führungstätigkeit* und der schöpferischen Aktion der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen umfasst, und

Zweitens die *Grundlinie der Führungstätigkeit*, die Gesamtkonzeption des politischen Verhaltens *einer Partei*, die –ausgehend von den Zielsetzungen ihres Parteiprogramms- die grundlegende politische Orientierung unter den gegebenen historischen, nationalen u.a. Bedingungen, d.h. in der jeweiligen strategischen Etappe enthält.“

(Lehrbuch Wissenschaftlicher Sozialismus, Berlin/DDR, 1988 , S. 94)

Die **Strategie** legt die Ziele und die Hauptrichtung der Politik und Orientierung der Partei für eine *längere Etappe* des Klassenkampfes und der sozialistischen Revolution fest. Sie präzisiert den Platz und die Kräfte des Hauptgegners und bestimmt sowohl die Rolle der eigenen Kräfte wie die Grundlagen der Bündnispolitik der proletarischen Partei.

Die Strategie befasst sich also mit den Hauptkräften der sozialistischen Umwälzung und deren „Reserven“, den nationalen wie den internationalen Bündniskräften. Die Strategie ändert sich mit dem Übergang von einer Etappe des Klassenkampfes zur nächsten. Innerhalb der gegebenen Etappe bleibt die Strategie im wesentlichen unverändert.

Die **Taktik** legt die politische Linie für eine verhältnismäßig *kurze Periode innerhalb* dieser Etappe fest. Die Taktik ist ein Teil der Strategie, sie ist ihr *untergeordnet* und dient ihr. Die Taktik kann und muss sich je nach Verlauf der revolutionäre Kämpfe auch ändern, gegebenenfalls sogar mehrmals. Es müssen – auch wenn dieses Bild etwas schematisch erscheint - quasi „*Ebbe und Flut*“, der Wechsel von Offensive und Defensive in einer gegebenen Phase. berücksichtigt werden.

Dementsprechend müssen sich auch die Kampfformen und -methoden sowie die Organisationsformen anpassen. Die revolutionäre Taktik befasst sich mit diesen Kampf- und Organisationsformen der Arbeiterklasse, mit ihrem Wechsel und der Kombination verschiedener Methoden und Formen. Sie befasst sich auch mit den Methoden der politischen Aufklärung und der Entwicklung von Klassenbewusstsein.

Die *taktische Führung* ist ein Teil der strategischen Führung der Partei und deren Zielsetzungen und Anforderungen untergeordnet. Sie darf ihr nicht widersprechen. Wie die

Erfahrungen aller erfolgreichen sozialistischen Revolutionen zeigen, ist nicht nur die richtige Bestimmung der Etappe, sondern auch die Auswahl der Taktik mitsamt der dazu stimmigen Methoden und Formen des Klassenkampfes entscheidend. Sie müssen so ausgewählt werden, dass sie an den Erfahrungen der arbeitenden Menschen ansetzen. Nur wenn Millionen Arbeiter, Angestellter und anderer Werktätiger sich mit diesen Erfahrungen in der Strategie und Taktik der Kommunisten wiederfinden und wenn diese zugleich keinerlei Illusionen über die Unversöhnlichkeit der Klassegegensätze und die zu erwartende Härte und Brutalität des Widerstandes der Ausbeuterklasse begünstigt, ist die Strategie und Taktik richtig gewählt.

3.3. Warum sprechen wir von „antimonopolistischer“ Strategie?

Warum sagen wir „antimonopolistische“ Strategie und nicht „antikapitalistische“ oder „anti-neo-liberale“ Strategie? Ist das nicht eine Spitzfindigkeit?

Die *antimonopolistische Strategie* ist darauf angelegt, dass sie vom bestimmenden Kapitalverhältnis ausgeht; dies ist nach der marxistisch-leninistischen Imperialismusanalyse der Kapitalismus in seinem „monopolistischen Stadium“. Dieses unterscheidet sich vom „normalen“, vorangegangenen Kapitalismus der freien Konkurrenz eben dadurch, dass das kapitalistische Monopol das bestimmende Eigentumsverhältnis geworden ist.

„Ist einmal das Monopol zustande gekommen“, sagt Lenin, „und schaltet und waltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit alle Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen ‚Details‘.“
[10] W.L Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (Abschn.III), 1950, S.62.

Wir stehen also nicht schlechthin „dem“ Kapitalismus gegenüber, sondern wir sehen den Hauptgegner im nationalen, trans- und multinationalen **Monopolkapital**. Es sind die großen Industrie- und Finanzkonzerne, die das Zentrum der ökonomischen Macht des Kapitalismus darstellen, die die nationalen Staatsapparate Regierungen aber auch die internationalen und supranationalen Machtstrukturen dominieren.

Wie eine 2011 veröffentlichte Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich nachwies; kontrollieren lediglich 147 Konzerne große Teile der Weltwirtschaft. „Sie haben gemessen an ihrer Größe überproportional viel Einfluss. Besonders dominant sind der Untersuchung zufolge Unternehmen aus dem Finanzbereich, also Banken und Rentenfonds. Als einflussreichstes Unternehmen der Welt stellte sich die britische Barclays Bank heraus.“ (Frankfurter Rundschau vom 24.10.2011)

Das Zürcher Forscherteam stützte sich auf Daten aus dem Jahr 2007. Ihre Datenbank enthält Informationen über 37 Millionen Unternehmen und Investoren weltweit. Dem Forscherteam gelang es insgesamt 43.000 internationale Unternehmen zu identifizieren. Dabei stellte sich heraus, dass davon 1318 Konzerne mindestens an zwei weiteren Unternehmen beteiligt waren; im Durchschnitt waren sie mit 20 weiteren Unternehmen verbunden. Im Ergebnis kontrollieren diese Unternehmen insgesamt vier Fünftel der Umsätze aller internationalen Konzerne.

Die Forscher entdeckten innerhalb dieser Strukturen eine besonders mächtige Super-Struktur von 147 Unternehmen. Diese Super-Einheit ist ein in sich geschlossenes System. Ihre Mitglieder kontrollieren sich gegenseitig, über ein kompliziertes Geflecht von wechselseitigen Beteiligungen. Diese 147 Unternehmen, die weniger als ein Prozent der Firmen ausmachen, kontrollieren mehr als 40 Prozent der 43.000 betrachteten internationalen Unternehmen. Es bestätigt sich damit eine Beobachtung, die bereits Lenin vor 100 Jahren gemacht hatte und die die Kommunistische Internationale zum Fundament ihrer Strategie gezählt hatte.

3.4. Lenin und die Komintern über den Kampf gegen die Macht der Monopole

Nur wenige Tage vor Beginn des II. Kongress der Kommunistischen Internationale (Komintern) im Juni 1921 hatte Lenin in einem Brief an das Exekutivkomitee der Komintern den Vorschlag gemacht für den II. Kongress Thesen über die internationale ökonomische und politische Lage zu schreiben. Er unterbreitete auch gleich einen Plan dieser Thesen mit sechs Gliederungspunkten. Darin hieß es:

„1. Die Aufteilung der ganzen Welt (sowohl im Sinne der Einflussphären des Bank- und Finanzkapitals als auch im Sinne der internationalen Syndikate und Kartelle sowie im Sinne

der Eroberung von Kolonien und Halbkolonien) ist die grundlegende Tatsache des Imperialismus, der Ökonomik des 20. Jahrhunderts.“ (LW 35, S. 426)

Als wichtigste Folgen des 1. Weltkrieges wurden bilanziert:

- Verminderung der Zahl der Weltmächte, Vergrößerung der Zahl der abhängigen Staaten;
- „Kolossale“ Verschärfung der inner- und zwischenimperialistischen Widersprüche;
- Verschärfung von Luxus auf der einen und Armut auf der anderen Seite;
- Verstärkung des Militarismus und beschleunigte Vorbereitung neuer imperialistischer und revolutionärer Kriege;
- Zusammenbruch des Völkerbundes und der bürgerlichen Demokratie.
- Erschöpfung der Rohstoffe und Industrie und Zusammenbruch der Währungen.

Wörtlich folgte dann: „**Morschwerden**“, **Zerfall des gesamten Systems der Weltwirtschaft.**“ (Hervorhebung durch uns) Und dann abschließend:

„6. Ergebnis = revolutionäre Weltkrise, Kommunistische Bewegung und Sowjetmacht.“ (ebenda, S. 427)

Lenin skizzierte damit die Hauptmerkmale der Nachkriegszeit, die später auch als „revolutionäre Nachkriegskrise“ (Zeitraum von 1918 – 1923) bezeichnet wurde, in der die kommunistische Bewegung von der Möglichkeit eines weltweiten revolutionären Durchbruchs gegen den Kapitalismus in einer ganzen Serie von proletarischen Revolutionen ausging. Auf dem II. Kongress der Komintern hielt Lenin dann selbst das stark gefeierte Grundsatzreferat zur internationalen Lage und zur Analyse der Veränderungen in der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems. Es besticht bis heute durch seine Klarheit und Nüchternheit. In seinem kapitalismustheoretischen Teil legte er gleich zu Beginn Wert auf eine Typologisierung sehr grundsätzlicher Art, die weit über die Benennung und Auflistung der aktuellen Erscheinungsformen der Krise des kapitalistischen Systems in der Nachkriegszeit hinausging. „Im Lauf des XX. Jahrhunderts hat sich eine **neue, höchste und letzte Stufe des Kapitalismus** herausgebildet. Ihr wisst selbstverständlich alle, dass der am meisten charakteristische, wesentliche Zug des Imperialismus darin besteht, dass das Kapital ungeheure Ausmaße erreicht hat. An die Stelle des freien Wettbewerbs sind riesige Monopole

getreten.“ (Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Verlag der Kommunistischen Internationale 1921, S 18)

Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung eines Programms der Komintern erklärte der ehemalige Führer der 1919 nur kurzfristig bestehenden Ungarischen Räterepublik Bela Kun, Mitglied des Exekutivkomitees der Komintern, auf deren 6 Plenum im Mai 1926 :

„ Der Kampf gegen die Herrschaft der Monopole, gegen die Diktatur des Finanzkapitals, der Trusts muss der Angelpunkt sein, um den herum unser Aktionsprogramm aufgebaut sein muss. ...

Der Kampf gegen die Herrschaft der Trusts ist zugleich der Boden, auf dem die Arbeiterklasse die Führung der anderen Werktätigen und ausgebeuteten Schichten erobert. In Russland war die Vollendung der bürgerlichen Revolution, die Zertrümmerung des feudalen Grundeigentums die Grundlage für das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. In Westeuropa kann es teilweise die Herrschaft der Monopole, die Preisdiktatur der Syndikate sein, die alle Schichten ruiniert und notwendig in Opposition gegen die Herrschaft der Bourgeoisie treiben muss. Man muss aber einerseits die Frage der Forderungen des Staatssyndikalisierung in einigen Parteien gründlich prüfen, andererseits sich mit der sozialdemokratischen These der Wirtschaftsdemokratie auseinandersetzen und auf dem Gewerkschaftsgebiete eine Reihe von Forderungen der Arbeiterkontrolle ausarbeiten und die Forderungen in den Vordergrund des Programms stellen.“ (Internationale Presse Korrespondenz -INPREKORR - 40/1926, S. 546f)

Von diesen und anderen strategischen Schlussfolgerungen der leninschen Imperialismustheorie- – insbesondere den Orientierungen des VII. Kongresses der Komintern im Jahre 1935 und deren Weiterentwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert lässt sich unsere Partei bis heute leiten.

3.5 . Antimonopolistische Strategie und staatsmonopolistischer Kapitalismus

Die Entstehung der antimonopolistischen Strategie ist mit den Auswirkungen des I. Weltkrieges verbunden, der zu einer wichtigen Modifizierung im Verhältnis zwischen der Macht der Monopole und des kapitalistischen Staats führte. Es entstand als letzte Etappe des

modernen Kapitalismus der **staatsmonopolistische Kapitalismus**, die enge, wenngleich nicht widerspruchsfreie Vereinigung zwischen der Macht der Monopole und dem kapitalistischen Staatsapparat.

Zur historischen und strategischen Einordnung des staatsmonopolistischen Kapitalismus erklärte Lenin: „Die Dialektik der Geschichte ist gerade die, dass der Krieg, der die Umwandlung des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus ungeheuer beschleunigte, dadurch die Menschheit dem Sozialismus außerordentlich nahe gebracht hat!“ (W.I. Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, Werke Bd. 25, S. 370)

Lenin erkannte, „dass der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär-demokratischen Staate unweigerlich, unvermeidlich einen Schritt, ja mehrere Schritte zum Sozialismus hin bedeutet!“ Der staatsmonopolistische Kapitalismus könne entweder im Sinne der dominierenden mächtigsten Monopolgruppen innerhalb der Kapitalistenklasse in Form eines „reaktionär-bürokratischen Staates“, als eine „*imperialistische Republik*“ fungieren „oder, im Interesse der revolutionären Demokratie: dann *ist das eben ein Schritt zum Sozialismus*.“

Denn der Sozialismus ist nichts anderes als der nächste Schritt vorwärts, über das staatskapitalistische Monopol hinaus.

Oder mit anderen Worten: Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das *zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird* und dadurch *aufgehört* hat, kapitalistisches Monopol zu sein.

Hier gibt es keinen Mittelweg. Der objektive Gang der Entwicklung ist derart, dass man von den *Monopolen* aus (und der Krieg hat deren Zahl, Rolle und Bedeutung verzehnfacht) *nicht* vorwärtsschreiten kann, ohne zum Sozialismus zu schreiten.“ (ebenda, S. 369 - Hervorhebung durch uns) Keinerlei Aufstand könne den Sozialismus „schaffen“, wenn er nicht „ökonomisch herangereift ist“, aber der „staatsmonopolistische Kapitalismus (ist) die vollständige *materielle* Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare *Vorstufe* (...), denn auf der historischen Stufenleiter *gibt es* zwischen dieser Stufe und derjenigen, die Sozialismus heißt, *keinerlei Zwischenstufen* mehr.“ (ebenda, S. 370)

Die objektive Nähe des „STAMOKAP“ zum Sozialismus verdeutlichte Lenin am Beispiel der Einführung einer allgemeinen Arbeitspflicht. Im Kapitalismus, unter der Herrschaft der Junker und Kapitalisten, sei dies eine Art „Militärzuchthaus für Arbeiter“. In einem wirklich konsequent **revolutionär-demokratischen** Staate sei dies zwar „noch kein Sozialismus, aber schon kein Kapitalismus mehr. Das ist ein gewaltiger Schritt zum Sozialismus. Ein derartiger Schritt, dass man, die Erhaltung der vollen Demokratie vorausgesetzt – von diesem Schritt schon nicht mehr ohne eine unerhörte Vergewaltigung der Massen zum Kapitalismus zurückkehren könnte.“ (ebenda, S. 371) Der Sozialismus ist also keine „ferne Vision“, sondern das historisch nächstliegende und auch objektiv längst Machbare.

Sind das heute nicht viel zu kühne Verheißungen angesichts der Niederlage des realen Sozialismus zwischen 1989-1993?

So völlig ohne historische Beispiele ist das Ganze nicht. Auch die Niederlage der französischen Jakobinerrepublik gegenüber dem Usurpator und Verräter der republikanischen Idee, N. Buonaparte, war keine endgültige Niederlage der Republik gegenüber dem neu aufgerichteten neuen Feudalabsolutismus der Sippe und der Gefolgschaft der Buonapartes und danach der alten Bourbonen-Herrschaft. Ebenso wenig ist der Sieg der Konterrevolution über den „Realsozialismus“ das letzte Wort der Geschichte geblieben. Die Geschichte bleibt nicht stehen, der Klassenkampf geht weiter.

Die von Lenin begründete Theorie des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ ist also die historische Ausgangsüberlegung zur Entwicklung der antimonopolistischen Strategie der kommunistischen Bewegung, zu der vor allem Theoretiker in Frankreich (P. Boccara), der BRD (H. Jung, J. Schleifstein, W. Gerns, R. Steigerwald) und der DDR (H. Steiniger, P. Hess, H. Reinhold) sowie der Sowjetunion (E. Varga) weitere wichtige Impulse gegeben haben. Immer ging es um die Verbindung zwischen Kämpfen der Arbeiterbewegung für ihre gegen das Monopolkapital gerichteten ökonomischen und sozialen Gegenwartsforderungen und der langfristigen sozialistischen Ziel der kommunistischen Bewegung. Heute sind diese „Kräfte der Veränderung“ zwar noch geschwächt und auch zersplittert, aber sie formieren sich auch in unserem Land und in Europa in unterschiedlichem Tempo neu.

3.6. Antimonopolistische Strategie als Suche nach „Übergängen zum Sozialismus“

Der „Bund der Kommunisten“, die damals winzig kleine Partei der Kommunisten, hatte bereits zwischen verschiedenen Etappen und Schritten auf dem revolutionären Wege zum Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen unterschieden. In der sich entwickelnden (bürgerlichen) Revolution von 1848 in Deutschland sah das Manifest „das unmittelbare Vorspiel der proletarischen Revolution.“ (MEW Bd. 4, S. 492)

Es ging und geht demnach in der Strategie des proletarischen Klassenkampfes darum, den inneren Zusammenhang zwischen Teilzielen und Gesamtziel im Rahmen einer Dialektik von Schritten und Stufen im Vormarsch auf das revolutionäre Ziel zu beachten. Dabei geht es im Kern um die Verbindung zwischen (noch) nicht sozialistischen Forderungen und Teilzielen im Rahmen des Kapitalismus mit dem sozialistischen Hauptziel.

Bereits in seiner Frühschrift "Was tun?" hatte Lenin, die für uns auch heute noch gültige Klarstellung dieses Zusammenhangs zwischen Reform und Revolution formuliert:

"Mit einem Wort, wie der Teil dem Ganzen untergeordnet ist, ordnet sie (die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse) den Kampf für Reformen dem revolutionären Kampf unter." (Was tun? - Einzelausgabe, Dietz Verlag 1970, S. 98)

Lenin griff damit in eine heftige Diskussion um die Beziehung zwischen Reform und Revolution innerhalb der internationalen Sozialdemokratie ein, für die damals stellvertretend die Namen Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg als Antipoden bei der Suche nach Wegen zur Überwindung des Kapitalismus standen. Die Debatte drehte sich um die von E. Bernstein vertretene Konzeption der friedlichen "Umwandlung" (oder der "Transformation") des Kapitalismus in den Sozialismus mit Hilfe von detaillierten Reformprogrammen auf parlamentarischem Weg unter Verzicht auf revolutionäre Methoden.

Das Kommunistische Manifest hatte zwar die Kommunisten und die Arbeiterbewegung auch aufgefordert, eigene Reformforderungen zu entwickeln bzw. die Reformen anderer progressiver Parteien unterstützen, dabei aber "keinen Augenblick (zu unterlassen), bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewusstsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten".

Und es sagte sehr eindeutig: "Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen; kein Wunder, dass in ihrem Entwicklungsgang am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird." Und: „In allen diesen Bewegungen heben sie (die Kommunisten) die Eigentumsfrage, welcher mehr oder minder entwickelten Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor."

Dazu sind „despotische Eingriff in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse“ nötig. (K. Marx / F. Engels: Manifest der Kommunisten Partei, MEW 4, S. 481, 493).

Der Kampf für demokratischer Reformen ist also aus Sicht der Kommunisten immer ein Teil und eingebettet in die **Strategie des revolutionären Bruchs** mit dem Kapitalismus und kein Selbstzweck.

3.7. Antimonopolistische Strategie und die Lehren des antifaschistischen Kampfes

Im Stadium der Kapitalismus der freien Konkurrenz ging es um das strategische Etappenziel, das als „ersten Schritt“ in der Arbeiterrevolution die „Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Er kämpfung der Demokratie“ nannte. (K. Marx / F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 481)

Es handelte sich also im „Manifest“ um die Bestimmung einer strategischen **Schritt- und Etappenfolge** innerhalb eines einheitlichen revolutionären Prozesses, an dessen Ende der Kampf um die Errichtung einer sozialistischen Alternative stand. In der Zeit des noch nicht überwundenen Feudalismus ging es um die *Verknüpfung von zwei strategischen Etappen mit zwei Zielen: um die Verbindung von antifeudalen, bürgerlich-demokratischen und sozialistischen Zielsetzungen.*

Das „Manifest“ sagt unzweideutig, dass es sich dabei immer um die Perspektive des revolutionären Bruchs mit dem Kapitalismus durch die proletarische, die kommunistische Revolution handelt. Nichts anderes ist und will im Prinzip die „antimonopolistische“ Strategie der DKP mit der Verbindung von **revolutionär-demokratischen (=antimonopolistischen) und sozialistischen Zielen** .

Sie soll grundlegende antimonopolistische, vom Charakter her revolutionär-demokratische Umgestaltungen im leninschen Sinne erkämpfen, mit denen das „Herankommen“ und die „Öffnung des Weges zum Sozialismus“ durchgesetzt werden kann. Sie knüpft dabei an Lenins Überlegungen aus dem Jahre 1917 an. Über die aktuelle Lage hinaus hatte Lenin in seiner wichtigen revolutionstheoretischen Schrift „Die drohende Katastrophe“ grundsätzlich erläutert, welche Bedeutung im staatsmonopolistischen Kapitalismus eine andere als die "normale" bürgerliche Demokratie für die Strategie der Kommunisten besitzt (s.o.); er sprach in diesem Zusammenhang von einer „revolutionären Demokratie“. Lenin betonte: **„Man wird sehen, dass der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär-demokratischen Staate unweigerlich, unvermeidlich einen Schritt, ja mehrere Schritte zum Sozialismus hin bedeutet...“** (Lenin Werke Bd. 25, S. 368f)

Er schrieb zur Charakterisierung dieser konsequent linken und revolutionär-demokratischen Staatsform: **Es ist „noch kein Sozialismus aber schon kein Kapitalismus mehr. Das ist ein gewaltiger Schritt zum Sozialismus, ein derartiger Schritt, dass man –die Erhaltung der vollen Demokratie vorausgesetzt – von diesem Schritt schon nicht mehr ohne eine unerhörte Vergewaltigung der Massen zum Kapitalismus zurückkehren könnte.“** (a.a.O., S. 371) Lenin forderte ganz in diesem Sinne nur wenige Jahre später in seinem "Linken Radikalismus" vor allem die KPen in Westeuropa dazu auf, **"die Form des Übergehens zur proletarischen Revolution oder des Herangehens an sie ausfindig zu machen."** (W.I. Lenin: Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW25, S. 79)

Eine „revolutionäre Demokratie“ auf der Grundlage des staatsmonopolistischen Kapitalismus kann eine dieser Übergänge darstellen. Das ist jedoch immer auch eine Frage der Kräfteverhältnisse, keine „Gesetzmäßigkeit“ und auch nicht die einzig mögliche Option zum Bruch mit dem Kapitalismus. Bei einer raschen Zuspitzung und Ausweitung der Klassenkämpfe ist auch ein rascherer Vorstoß zur Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten vorstellbar. Das reale Leben richtet sich nicht nach Lehrbüchern. Die Kommunisten müssen – und das ist die wichtigste Bedingung für die Überwindung des Kapitals und die Eroberung der politischen Macht- von einer nüchternen Einschätzung des jeweiligen Kräfteverhältnis ausgehen. Das kann auch bewusste „Schritte zurück“, ja sogar einen langen Rückzug und Phasen der Reorganisation und der Sammlung

der Kräfte im Stillen einschließen. Immer muss es darum gehen die Stärkung der revolutionären Organisation, ihr Wachstum, ihre politisch-ideologische Geschlossenheit und ihre Einheit im politischen Handeln im Blick zu haben.

Die Kommunistische Internationale entwickelte hiervon ausgehend auf ihrem III. Kongress (1921) das Konzept der Sammlung und Konzentration der verschiedenen politischen Strömungen der Arbeiterbewegung in der **proletarischen Einheitsfront**. Aus ihr entstand die Konzeption der **Arbeiter- und Bauernregierungen** als eines möglichen revolutionären Übergangsstadiums zur proletarischen Revolution. Diese Konzeption wurde Ende 1922 auf dem IV. Kongress der Komintern beschlossen. Sie beruhte u.a. auch auf neu entwickelten Vorstellungen und Erfahrungen der KPD mit Arbeiter- und Bauernregierungen, gebildet aus SPD, USPD und KPD in Sachsen und Thüringen.

Auf Grund der innerparteilichen Erschütterungen nach der Niederlage des Revolutionsversuchs im Herbst 1923 und dem Scheitern dieser beiden Linksregierungen sowie nach diversen Umgruppierungen in der Führung der KPD, aber auch im Gefolge der allgemeinen politischen Entwicklung in Deutschland (Heranrücken des Faschismus, Wirtschaftskrise 1929, etc.) kam es später zu strategischen Umorientierungen der KPD und der Komintern. Das Problem dieser "Korrekturen" war, dass eine nahtlose Gleichsetzung von objektiver ökonomischer "Reife" für den Sozialismus und der subjektiven Bereitschaft und Möglichkeit zur Durchsetzung der proletarischen Revolution angenommen wurde. Der "subjektive Faktor" wurde unterschätzt- ein mit der leninschen Strategie unvereinbarer Standpunkt . Die Suche nach „Übergangsformen“ wurde eingestellt. Die strategische Orientierung und Losung hieß nun unmittelbar „Sowjetdeutschland“ bzw. „Sozialistische Räterepublik“. Erst auf dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935 kam es zu einer Rückbesinnung auf die Quintessenz leninistischer Strategie. G. Dimitroff erinnerte wieder daran, dass die Kommunistischen Parteien sich gemäß der konkreten Lage um diese oder jene Form der Vorbereitung auf die sozialistischen Umwälzung bemühen müssten. Dimitroff sagte: "Vor fünfzehn Jahren hat uns Lenin aufgefordert, unsere ganze Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, 'die Form des Übergehens zur proletarischen Revolution oder des Herangehens an sie ausfindig zu machen.' Möglicherweise wird die Einheitsfrontregierung in einer Reihe von Ländern sich als eine der wichtigsten Übergangsformen erweisen...

Warum maß Lenin der Form des Übergangs zur proletarischen Revolution eine so außerordentlich große Bedeutung bei? Weil er dabei das 'Grundgesetz aller großen Revolutionen' im Auge hatte, dass Propaganda und Agitation allein nicht imstande sind, den Massen die eigene politische Erfahrung zu ersetzen, wenn es sich darum handelt, wirklich breite Massen der Werktätigen auf die Seite der revolutionären Vorhut zu bringen, was für den siegreichen Kampf um die Macht unerlässlich ist." (VII. Weltkongreß der Komintern, Referate und Resolutionen, Frankf./M. 1973, S. 148)

Der Kampf um die Verwirklichung der antimonopolistischen Strategie und um die Durchsetzung antimonopolistischer Reformen und Kampfpositionen ist also kein „demokratisches Zwischenstadium“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus, das als Form eines „dritten Wegs“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus einen eigenen und dauerhaften historischen Platz einnimmt. Diese Etappe ist eine Phase heftiger Klassenauseinandersetzungen um neuen Terrain- und Machtzuwachs für die kämpfende Arbeiterklasse, ihrer kommunistischen Partei und der mit ihr verbündeten Bewegungen, Parteien und Organisationen.

Aber es ist noch keineswegs die **Lösung** der Machtfrage damit verbunden und auch das (groß-)kapitalistische Eigentum ist noch nicht vergesellschaftet. Es findet aber ein intensiver Kampf um seine Kontrolle und Bändigung statt. Lenin und die Komintern hatten dafür den Begriff der „Arbeiter- und Produktionskontrolle“ gewählt. Die parlamentarische Basis sollten nach ihrer Vorstellung die revolutionären „Arbeiter- und Bauernregierungen“ sein.

Die KPD entwickelte auf ihren Parteikonferenzen von 1935 ("Brüsseler Konferenz") und 1939 "Berner Konferenz" die von W. Pieck und G. Dimitroff vertretenen Positionen des VII. Komintern-Kongresses über die Regierung der antifaschistischen Einheitsfront weiter. Sie sprach sich für die Errichtung einer antifaschistischen, "neuen demokratischen Republik" als nächstem strategischem Etappenziel aus. Dies blieb nach der Zerschlagung des Faschismus auch die strategische Konzeption in der programmatischen Erklärung der KPD vom 11. Juni 1945. In der alten BRD setzte die 1956 wieder illegalisierte KPD im Frühjahr 1968 mit einem neuen Programmentwurf an der Konzeption des "Herankommens" an die sozialistische Umwälzung an, der über den Weg einer Etappe breiter antimonopolistischer Kämpfe in der wieder vom Monopolkapital beherrschten BRD führen sollte. Die im Herbst 1968 neukonstituierte DKP griff diese Gedanken in ihren ersten programmatischen Erklärungen auf. Sie konkretisierte sie in den "Thesen" ihres Düsseldorfer Parteitags von 1971 und in ihrem

Parteiprogramm von 1978 zur Konzeption der "antimonopolistischen Demokratie." Darauf bauen wiederum die "Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP" von 1993 wie auch unser Parteiprogramm von 2006 und die „Antworten der DKP auf die Krise“ von 2013 auf.

4. Aktuelle Strategiediskussion

4.1. Wichtiger Schritt innerhalb der strategischen Etappe: „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“

Die DKP geht davon aus , dass wir uns – unabhängig von unserer derzeitigen organisatorischen Verfasstheit und Stärke und unabhängig von der Kampfbereitschaft und politischen Einsicht in der Arbeiterbewegung - in der historischen Epoche des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus befinden. Sie wird zwar im Bewusstsein vieler Linker und auch nicht weniger Kommunistinnen und Kommunisten noch immer überlagert von den Erfahrungen der Niederlage des realen Sozialismus in Europa und in der UdSSR, aber objektiv betrachtet, ist die Lage herangereift ist, in der sich die „Gegenkräfte formieren. Gegenkräfte nicht nur zur Abwehr der Folgen der noch immer nicht überwundenen tiefsten Krise des Kapitalismus seit den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Gegenkräfte auch für die Neuformierung und Rekonstruktion einer antimonopolistisch-sozialistischen Arbeiter- und Volksbewegung.

In den vom 20. Parteitag beschlossenen „**Antworten der DKP auf die Krise**“ sagen wir zu unseren *tagespolitischen* Orientierungen: „Unsere Aufgabe im Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten ist es, bei den Menschen das Bewusstsein zu fördern, dass sie nicht die Verursacher der Krise sind; dass es deswegen auch nicht ihre Verantwortung ist, sich um eine kapitalismuskonforme Lösung der Krise zu bemühen. Der Erfolg unserer Arbeit misst sich am Grad dessen, wie es uns gelingt, dass mehr und mehr Menschen das Selbstbewusstsein gewinnen, ihre eigenen Interessen ernst zu nehmen und gemeinschaftlich mit anderen für deren Durchsetzung zu kämpfen.

Wir wissen, dass es sich dabei um Klasseninteressen handelt, um gemeinsame Interessen, die die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung als Teil oder als Bündnispartner der

Arbeiterklasse verbindet. Aus diesem Grund kommt es aus Sicht der DKP in diesem Prozess vor allem auf die Gewerkschaften und auf die Arbeiterbewegung insgesamt an. Wir verstehen es als unsere Aufgabe als Kommunistinnen und Kommunisten, diesen Zusammenhang in den täglichen Kämpfen begreifbar zu machen.“ (Antworten der DKP auf die Krise, S. 8)

Ausgehend von diesen *aktuellen* Aufgaben, wie wir sie in den „Antworten der DKP auf die Krise“ beschlossen haben, verbinden wir den Kampf um die Formierung der Gegenkräfte gegen die Krisenfolgen mit der strategischen Hauptaufgabe der gegenwärtigen Etappe, die wir sowohl im alten Parteiprogramm von 1978, in unseren „Thesen zur programmatischen Orientierung“ von 1993 wie in unserem Parteiprogramm von 2006 als Kampf um eine **„Wende zu demokratischem und sozialen Fortschritt“** im Rahmen unserer langfristigen *antimonopolistischen* Strategie definieren.

Dazu sagt das DKP-Parteiprogramm:“ Unter den gegebenen Bedingungen werden Abwehrkämpfe im Zentrum einer ganzen Kampfetappe stehen. Schon in diesen Auseinandersetzungen wird es nur dann wirkliche Erfolge geben, wenn ein qualitativ neues Niveau bei der Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Verwaltungen, der Erwerbslosen, der Rentner, aller von der Demontage sozialer und demokratischer Errungenschaften Betroffenen, wenn ein neuer Aufschwung der Friedensbewegung und anderer demokratischer Bewegungen erreicht werden kann. Zugleich können und müssen in den Kämpfen um die Verteidigung des Erreichten die Kräfte gesammelt werden für fortschrittliche Reformen, für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt.“ (Programm der DKP, S.29)

4.2. Den Kampf gegen das Monopolkapital national *und* international führen. Die Frage des „Hauptfeinds“

Es kommt für die Kommunisten darauf an, die antimonopolistische Strategie so anzulegen und die Kräfteverhältnisse national wie international so zu verändern, dass es zur Entwicklung breiter nationaler und internationaler *antimonopolistischer* Bewegungen und Kämpfe kommt, deren Hauptkraft die **„Aktionseinheit“** oder auch **„Einheitsfront“** der Arbeiterklasse darstellt, unterstützt von damit abgestimmten Bündnisbewegungen anderer

werktätiger und nichtmonopolistischer Kräfte. Dieser Gedanke ist schon in der Losung des Kommunistischen Manifestes angelegt „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ Die Komintern entwickelte diese Losung weiter zu “Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!“ Dabei zeigt die Erfahrung, dass die internationalen Wirkungsmöglichkeiten der Kommunistischen Parteien umso mehr wachsen, je stärker ihre Kampfpositionen im eigenen Land sind.

Die antimonopolistische Strategie der DKP ist ihrem Wesen nach gleichzeitig national wie auch internationalistisch angelegt, so wie sie auch zugleich antimilitaristisch und antifaschistisch ist. Der Hauptfeind ist für die revolutionäre Arbeiterbewegung das nationale und das internationale Monopolkapital. Die wechselseitige Abhängigkeit aller kapitalistischer Länder über ihre Verflechtungen auf und durch den Weltmarkt und die von Lenin als Merkmal des Imperialismus festgestellte zunehmende Internationalisierung des Kapitals lässt eine nationale Abschottung gar nicht zu. In der Regel steht, wie Karl Liebknecht im 1. Weltkrieg formulierte, dieser „Hauptfeind“, das Groß- und Monopolkapital, im „eigenen Land“.

Durch Appelle der Herrschenden wie „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“ – so Kaiser Wilhelm II. zu Beginn des 1. Weltkrieges - soll in Krisenzeiten der klassenübergreifende Zusammenhalt, die Ablenkung von den inneren Gegensätzen erreicht werden. Der nationale „Feind“ steht für die Monopolbourgeoisie jenseits der Grenzen, werden den nationalen Zusammenhalt gefährdet, wird zum Vaterlandsverräter und zur „5. Kolonne“ des Feindes.

Es kann jedoch Zeiten geben, wie im Kampf gegen den faschistischen Aggressor Nazi-Deutschland zwischen 1939 und 1945, in denen der Hauptfeind tatsächlich für eine gewisse Zeit nicht die „eigene“ monopolistische Bourgeoisie ist, sondern eine andere imperialistische Macht oder ein anderer imperialistischer Machtblock, der sich als noch aggressiver und bedrohlicher für die Arbeiterbewegung eines oder mehrerer Länder erweist als der „heimische“ Gegner. In den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts war der US-Imperialismus als militärische und ökonomische Supermacht der Hauptfeind der internationalen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegungen. In seinem Schlepptau kooperierten und konkurrierten die anderen großen und mittleren imperialistischen Mächte (Großbritannien, Frankreich, BRD) zwar auch um Machtanteile und Einfluss und

unterdrücken ebenfalls die Arbeiterbewegung und nationalen Befreiungskräfte, aber ihr Einfluss war und ist im Vergleich zur alles überragenden Dominanz der USA eher zweitrangig.

Die letzte große internationale Beratung der kommunistischen Weltbewegung in Moskau 1969 charakterisierte die besondere Rolle des US-Imperialismus in ihrem Hauptdokument so: *„Die Ereignisse des letzten Jahrzehnts haben den amerikanischen Imperialismus noch eindeutiger als Weltausbeuter und Weltgendarmen, als unversöhnlichen Feind aller Befreiungsbewegungen entlarvt. Die amerikanischen Monopole sind in die Wirtschaft zahlreicher Länder eingedrungen, sie vergrößern dort ihre Kapitalanlagen und wollen die Kontrolle über die Schlüsselpositionen in der Wirtschaft erreichen.“*

Zur Rolle des deutschen Imperialismus sagte das Hauptdokument: *„Der westdeutsche Imperialismus vergrößert seine politische Macht, baut seine Kriegsmaschinerie aus, drängt nach Kernwaffen und verstärkt seine Hegemoniebestrebungen über Westeuropa. Er hintertreibt alle Maßnahmen zur Abrüstung und internationalen Entspannung und verfolgt eine neokolonialistische Expansionspolitik gegenüber den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.“* (Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969: Die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Etappe und die Aktionseinheit der kommunistischen und Arbeiterparteien, aller antiimperialistischen Kräfte. Prag 1969, S. 19 f)

In der Regel sind der „Hauptfeind“ derjenige imperialistische Block und die Monopolgruppen, die in den jeweiligen Wirkungsbereichen der Kommunistischen Parteien die dominierende Rolle spielen. Sie halten die Hebel der Macht in der Hand und sie dirigieren die strategischen Linien der Politik der Regierungen und deren Machtapparate. Im Kampf gegen das Monopolkapital muss es also zu einer möglichst abgesprochenen internationalen, gemeinsamen Kooperation der kommunistischen und Arbeiterparteien kommen, die den Kern der gegen die Monopolmacht antretenden politischen Formationen der Arbeiterbewegung darstellen.

So wie es aber keine „Welt-Bourgeoisie“ gibt, gibt es auch keinen sich über alle Grenzen hinwegsetzen heimatlosen „Ultra-Imperialismus“. Auch die multi- und transnationalen Konzerne haben ihr nationalen „Heimathäfen“ und unterliegen dabei auch nationalen gesetzlichen Regelungen. Dabei wissen wir seit den Tagen des „Kommunistischen

Manifestes“, dass das Kapital niemals „national“ war, sondern bei seiner Suche nach den jeweils besten Verwertungsbedingungen alle Zoll- und gegebenenfalls auch Staatsgrenzen einreißt und überschreitet und den Globus permanent mit dem Blick auf die höchsten Profiraten umkreist.

Für die kommunistische Bewegung war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Kommunistische Internationale das koordinierende Zentrum ihrer Zusammenarbeit. Nach ihrer Auflösung im Jahre 1943 gab es zeitweilig das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) und später große internationale Beratungen unter Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (1956, 1960 und 1969), die eine solche Koordinierung und wechselseitige Absprache unter den kommunistischen und Arbeiterparteien versuchten. Sie standen zuletzt unter dem Eindruck der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung zwischen der sowjetischen und der chinesischen KP. Daneben gab es auch regionale Beratungen; in Europa fand die letzte große Beratung der KPen 1986 in Berlin/DDR statt.

Eine ähnlich enge Zusammenarbeit zwischen den revolutionären Kräften und KPen ist nach der Niederlage des realen Sozialismus in der Sowjetunion und in Europa objektiv dringend geboten. Deshalb sprechen die „Antworten der DKP auf die Krise“ auch davon, dass die DKP sich um eine möglichst enge Zusammenarbeit mit den anderen Kommunistischen und Arbeiterparteien bemühen wird. Dies richtet sich nicht gegen die Zusammenarbeit auch mit anderen progressiven Kräften. Aber es ist logisch, dass marxistisch-leninistische Parteien, die eine gemeinsame revolutionäre Zielsetzung verfolgen, eine andere, umfassendere und engere Form der Zusammenarbeit benötigen als mit nicht-revolutionären Kräften. Die bündnispolitische Kooperation mit reformistischen und nichtkommunistischen Kräften wie z.B. der „Europäischen Linken“, die in wichtigen Fragen sogar eine bewusst auf die Klassenkollaboration und auf das Co-Management mit dem Monopolkapital abzielende Strategie verfolgen können, muss zwangsläufig einen ganz anderen Stellenwert haben. Sie kann - bezogen auf tagespolitische und für begrenzte Gebiete und Fragen - aber unbedingt notwendig und auch strategisch nützlich sein.

4.3. Warum greift eine „anti-neoliberale“ Strategie nicht weit genug?

In den letzten 20 Jahren ist die linke Strategiedebatte von der Kontroverse um den sog. „Neo-Liberalismus“ und um die Bildung sog. „anti-neoliberaler Allianzen“ beeinflusst worden. Wie verhält sich diese Diskussion zur antimonopolistischen strategischen Orientierung der DKP.

Der „Ordo- oder Neoliberalismus“, dessen Theoretiker ursprünglich aus der sog. „Freiburger Schule“ der bürgerlichen Volkswirtschaft stammen, orientiert innerhalb seiner grundsätzlichen Politik im Interesse des Monopolkapitals auf weniger staatliche Regulierung und Dirigismus und propagiert das (angeblich) „freie Spiel der Marktkräfte“.

Ihre bedeutsamsten Vertreter waren die österreichisch- deutschen Ökonomen Friedrich August von **Hayek** (* 8. Mai 1899 in Wien; † 23. März 1992) und **Wilhelm Röpke** (* 10. Oktober 1899 in Schwarmstedt bei Hannover; † 12. Februar 1966 in Genf) und der US-Amerikaner **Milton Friedman** (* 31. Juli 1912 in Brooklyn, New York City; † 16. November 2006 in San Francisco) der seine eigene radikalisierte neoliberale Ausrichtung, die sog. „Chicago Schule“, repräsentierte. Die „Chicago Boys“ lieferten in den 70er Jahre die Blaupausen für die Wirtschaftspolitik der chilenischen Militärdiktatur und prägten die arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche ultrarechte Wirtschaftspolitik des US-Präsidenten R. Reagan und der britischen Premierministerin M. Thatcher.

Bei der Kritik des „Neo-Liberalismus“ dreht es sich im Kern um eine Kontroverse zwischen zwei Varianten von Wirtschafts- und Finanzpolitik: der eher „angebotsorientierten“ Konzeption von Röpke, Hayek, Friedman etc. auf der einen Seite und der eher „nachfrageorientierte“ Politik der anderen großen bürgerlichen Wirtschaftspolitik, die mit dem Namen des britischen Ökonomen John Maynard **Keynes**, (* 5. Juni 1883 in Cambridge; † 21. April 1946 in Tilton, Fittlehampton, East Sussex) verbunden ist. Während der Ordo- bzw. Neo-Liberalismus Leitlinie für eine politisch konservativ und wirtschaftsliberal ausgerichtete Struktur- und Finanzpolitik wurde, ist der Keynesianismus eher ein Orientierungspunkt für sozialdemokratische Wirtschaftspolitik geworden. Beide lassen die Frage der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und der Monopolmacht unberührt und dienen ihr. Sie unterscheiden sich vor allem graduell in der Definition des Aktionsradius und der Eingriffs- und Gestaltungsrechte durch den kapitalistischen Staat.

Das Parteiprogramm der DKP von 2006 charakterisiert den „Neo-Liberalismus“ deshalb folgerichtig auch nicht als eine neue Kapitalismusvariante, wie es vor allem Ökonomen und Politiker aus dem Umfeld von PDS/PDL und der Europäischen Linken tun, sondern als eine

„Strategie“, „Ideologie und Politik“, mit der die von staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle und Einflussnahme weitgehend befreite Entwicklung des Monopolkapitalismus begünstigt und beschleunigt werden sollte.

„Anti-neoliberal“ ist eine Politik und eine Strategie, die sich lediglich gegen eine bestimmte *Form* der Regulierung und der Steuerung der Märkte, der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gemäß den Konzepten des sog. „Ordo- oder Neoliberalismus“ richtet. Deckt sich das mit der antimonopolistischen Strategie und kann sie eventuell sogar diese Strategie ersetzen?

Dazu ist zunächst zu sagen: Die neoliberale wirtschaftspolitische Doktrin hat faktisch mit der großen Krise seit 2007 eine historische Pleite erlebt. Unter dem Druck der Verhältnisse rückten fast alle Krisenländer vom Dogma des sich selbst-regulierenden Marktes und der notwendigen Zurückhaltung des Staates ab. Die Abermilliarden Euro oder Dollar schweren Stabilisierungsprogramme in den USA und der EU zur Rettung des Bankensystems und zur Stabilisierung der von der kapitalistischen Überproduktionskrise bedrohten Industriekonzerne waren eigentlich Sargnägel für eine selbst aus prokapitalistischer Sicht gescheiterte Konzeption des „neo-liberalen“ und zugespitzten „laissez faire“ im Dienste des Monopolkapitals. Das Festhalten am sog. „anti-neoliberalen Diskurs“ verkennt nicht nur diese historische Niederlage, sondern nutzt die dabei für Millionen Menschen deutlich gewordene Service- und Dienstleistungsrolle des staatsmonopolistischen Regimes zugunsten der Monopole und die wachsende Empörung und Kritik daran nicht konsequent im Sinne einer grundsätzlichen Konfrontation mit der Herrschaft der kapitalistischen Monopole insgesamt nicht aus.

Die **antimonopolistische** Strategie der DKP ist hingegen ganz im Sinne der grundlegenden Orientierung des „Kommunistischen Manifestes“ angelegt. Sie „stellt“ nicht nur die Eigentumsfrage, sondern weist den Weg zu ihrer Überwindung und zur Errichtung einer sozialistischen Alternative unter den Bedingungen des heutigen Monopolkapitalismus durch die Orientierung auf starke antimonopolistische, antimilitaristische und antifaschistische Bewegungen.

4.4. Revolutionäre versus reformistische Strategie. „Revolutionärer Bruch“ oder „Transformation“?

Die Reformdebatte hatte auf der politisch-organisatorischen Ebene schon ganz früh zur Unterscheidung zwischen dem reformistischen Flügel und dem revolutionären Flügel in der Arbeiterbewegung geführt. Schon das „Manifest“ und auch sein Vorläufer, die von F. Engels formulierten „Grundsätze des Kommunismus“ liefern eine gründliche Auseinandersetzung mit diesen nicht-revolutionären und kleinbürgerlichen „Sozialismus“-Konzeptionen, darunter auch mit dem damaligen „demokratischem Sozialismus“.

Zu ihnen heißt es in den „Grundsätzen“:

„24. Frage: Wie unterscheiden sich die Kommunisten von den Sozialisten?

Antwort: Die sogenannten Sozialisten teilen sich in drei Klassen. Die **erste Klasse** besteht aus Anhängern der feudalen und patriarchalischen Gesellschaft, welche durch die große Industrie, den Welthandel und die durch beide geschaffene Bourgeoisgesellschaft vernichtet worden ist und noch täglich vernichtet wird. ...

Die **zweite Klasse** besteht aus Anhängern der jetzigen Gesellschaft, welchen die aus dieser notwendig hervorgehenden Übel Befürchtungen für den Bestand dieser Gesellschaft erweckt haben. Sie streben also danach, die jetzige Gesellschaft beizubehalten, aber die mit ihr verbundenen Übel zu beseitigen. Zu diesem Zweck schlagen die einen bloße Wohltätigkeitsmaßregeln vor, die anderen großartige Reformsysteme, welche unter dem Vorwand, die Gesellschaft zu reorganisieren, die Grundlagen der jetzigen Gesellschaft und damit die jetzige Gesellschaft beibehalten wollen. Diese Bourgeoisozialisten werden ebenfalls von den Kommunisten fortwährend bekämpft werden müssen, denn sie arbeiten für die Feinde der Kommunisten und verteidigen die Gesellschaft, welche die Kommunisten gerade stürzen wollen.

Die dritte Klasse endlich besteht aus demokratischen Sozialisten, welche auf demselben Wege wie die Kommunisten einen Teil der in Frage angegebenen Maßregeln wollen, aber nicht als Übergangsmittel zum Kommunismus, sondern als Maßregeln, welche hinreichend sind, um das Elend aufzuheben und die Übel der jetzigen Gesellschaft verschwinden zu machen. Diese demokratischen Sozialisten sind entweder Proletarier, die über die Bedingungen der Befreiung ihrer Klasse noch nicht hinreichend aufgeklärt sind, oder sie sind Repräsentanten der Kleinbürger, einer Klasse, welche bis zur Erringung der Demokratie und der aus ihr hervorgehenden sozialistischen Maßregeln in vieler Beziehung dasselbe Interesse haben wie die Proletarier. Die Kommunisten werden deshalb in den Momenten der Handlung sich mit diesen demokratischen Sozialisten zu verständigen und überhaupt mit ihnen für den Augenblick möglichst gemeinsame Politik zu befolgen haben, sofern diese Sozialisten nicht in den Dienst der herrschenden Bourgeoisie treten und die Kommunisten angreifen. Dass diese gemeinsame Handlungsweise die Diskussion der Differenzen mit ihnen nicht ausschließt, ist klar.“ (F.

Engels: Grundsätze des Kommunismus, (Einzelbroschüre), Dietz, Berlin/DDR, 1968 [4. Auflage], S. 31/32) (Hervorhebungen durch uns)

Kommunisten sehen und suchen also durchaus die Gemeinsamkeiten und Möglichkeiten in der praktischen Zusammenarbeit mit reformistischen Linkskräften dort, wo es aus aktuellen und längerfristigen Gründen nötig und nützlich ist. Sie sind sich aber dabei der Unterschiede in grundsätzlichen Fragen und auch der Grenzen dieser Zusammenarbeit bewusst und verkleistern nicht ihre Differenzen zu den diversen reformistischen Linken. Die historischen Beiträge im Kampf und in der Kontroverse mit dem Reformismus und Opportunismus wie R. Luxemburgs "Sozialreform oder Revolution" aus der Revisionismus-Debatte zu Beginn des letzten Jahrhunderts oder die spätere Lenin-Kautsky-Kontroverse bleiben für die DKP wichtige und unverzichtbare Bezugspunkte und Elemente ihrer eigenen Strategieüberlegungen. Sie sind in vielerlei Hinsicht bis auf heute sehr aktuell geblieben und geben uns treffliche theoretische Anregungen zur Entwicklung unserer eigenen strategischen Überlegungen.

Wir halten z.B. die folgende Luxemburgische Position zur Reform-Revolution-Dialektik noch immer für grundlegend richtig: *"Es ist grundfalsch und ganz ungeschichtlich, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als in die Breite gezogene Revolution, und die Revolution als die kondensierte Reform vorzustellen. Eine soziale Umwälzung und eine geschichtliche Reform sind nicht durch die Zeitdauer, sondern durch das Wesen verschiedene Momente. Das ganze Geheimnis der geschichtlichen Umwälzung durch den Gebrauch der politischen Macht liegt ja gerade in dem Umschlagen der bloßen quantitativen Veränderungen in eine neue Qualität, konkret gesprochen: in dem Übergang einer Geschichtsperiode, einer Gesellschaftsordnung in eine andere."* (R. Luxemburg: "Sozialreform oder Revolution", in: Ausgewählte Schriften in drei Bänden, Band 1, Frankfurt 1971, S. 98)

Zwischen Lenin und Luxemburg gab es in dieser Frage keinen Dissens. Der Kampf um Reformen ist auch für Lenin eingebettet in den Kampf für die sozialistische Umgestaltung; er ist kein Selbstzweck, sondern dient der Verbesserung der sozialen und kulturellen Lebenslage des Proletariats und der Erweiterung seines politischen Spielraums.

Reformen im Kapitalismus besitzen, darauf weist Lenin auch hin, häufig einen "Doppelcharakter". Sie stellen dabei sowohl Verbesserungen in der Lebenslage der arbeitenden Menschen dar, haben aber zugleich auch systemstabilisierenden Charakter. Damit markieren Lenin wie auch Luxemburg deutlich den qualitativen Unterschied zwischen einer

revolutionären Ausnutzung von Reformen und einer generellen Reform- und Transformationskonzeption, die an die Stelle des revolutionären Bruchs mit dem Kapitalismus treten soll.

4.5. „Transformation“ und „Eurokommunismus“ als Alternative zum revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus?

Die revolutionäre, auf den Bruch mit dem Kapitalismus insgesamt abzielende Strategie der Kommunistischen Parteien war nicht nur zur Zeiten R. Luxemburgs oder E. Bernsteins immer umstritten. In den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts kam es zu einer Neuauflage der Reformismus-Debatte, die sich vor allem an der von den großen kommunistischen Massenparteien in Italien, Frankreich und Spanien vertretenen Konzeption des „Eurokommunismus“ entzündeten.

Ihre Wortführer waren deren Parteivorsitzende Enrico Berlinguer, Georges Marchais und Santiago Carillo.

Die DKP hat sich damals energisch und argumentativ von dieser Neuauflage des Reformismus distanziert. In einer vom Parteivorstand herausgegebenen Sammlung von Diskussionsbeiträgen und Reden des damaligen DKP-Vorsitzenden Herbert Mies wurde auch sein Beitrag „Die deutsche Bourgeoisie und der `Eurokommunismus`“ abgedruckt.

H. Mies verwies dabei auf die große Bedeutung, die dem sog. „Eurokommunismus“ zu dieser Zeit im Kampf gegen die kommunistische Weltbewegung zukam, die erkennbar an Einfluss gewonnen hatte. „Insbesondere die rechte sozialdemokratische Führung setzt nun große Hoffnungen auf diesen sogenannten `Eurokommunismus`. Er ist für solche führenden Sozialdemokraten wie Willy Brandt und Horst Ehmke (Chef des Bundeskanzleramtes unter W. Brandt) fast zu einem `Sesam-öffne-dich`, zu einem geradezu magischen Schlüsselwort und Patentrezept für eine erhoffte Schwächung der kommunistischen Bewegung geworden.

So völlig neu, wie dies manchmal scheint, sind derlei Hoffnungen und Machenschaften freilich nicht. Der deutsche Imperialismus, seine Politiker und Ideologen bezeugten schon immer in Situationen, in denen die gesellschaftlichen Widersprüche ihres Systems besonders deutlich wurden, ihr reges - klassenmäßig bedingtes Interesse an Bestrebungen, die Lehre von

Marx, Engels und Lenin über den Kampf für eine sozialistische Umgestaltung und den Aufbau des Sozialismus einer `Revision` zu unterwerfen und den brüchig und unglaubwürdig gewordenen militanten Antikommunismus durch neue Varianten zu ergänzen. Das war früher so und das ist heute nicht anders.“ (H. Mies: Die deutsche Bourgeoisie und der `Eurokommunismus`“. In: Parteivorstand der DKP (Hrsg.) „Zur Sozialismus- und Internationalismus-Diskussion“ , Düsseldorf [1977], S. 4)

H. Mies zitierte in diesem Zusammenhang das „intellektuelle Flaggschiff“ des Springer-Konzerns: „`Die Welt`, die den aggressivsten und reaktionärsten Teil der deutschen Bourgeoisie repräsentiert, stellt – ohne sich in irgendwelchen Umschreibungen oder Verschleierungsmanövern zu versuchen – an den sogenannten `Eurokommunismus` nur eine Frage (sozusagen die `Gretchenfrage`) nämlich: `Bruch mit dem sowjetischen System des Sozialismus oder nicht`. Der `Eurokommunismus` trage – so hofft man in der Welt` vom 17.2.1977 – den `Keim der Spaltung und der Differenzierung innerhalb der kommunistischen Weltbewegung.“ (a.a.O., S. 5)

Neben der Distanzierung von der Sowjetunion und den anderen Ländern des damaligen sozialistischen Lagers und ihrer konkreten Politik, die mit Blick auf die internationale kommunistischen Bewegung und der damaligen Befreiungsbewegungen in erster Linie objektiv die des „sicheren Hinterlandes“ war, auf das sich die Revolutionäre in aller Welt stützen konnten, ging es dem „Eurokommunismus“ noch um zwei weitere Dinge:

Dies war **zum einen** der Bruch mit der von Lenin und den Bolschewiki durchgeführten revolutionären Form der Eroberung der politischen Macht. Dabei ging es um mehr als nur die äußere Form der Oktoberrevolution des Jahres 1917, sondern grundsätzlich um eine Umorientierung auf ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus unter Vermeidung und Umgehung des revolutionären Weges. Die erfolgreiche proletarische Revolution im späteren Sowjetrussland wurde in verschiedensten Variationen zum einen als angeblich „verbindliches Modell“, an dem sich alle zu orientieren hätten und damit zu einem bedrohlichen und starren Schema aufgeblasen.

Die Kommunistischen Parteien würden dadurch angeblich zur „Negierung der nationalen Besonderheiten“ gezwungen.

Zum anderen wurden gleichzeitig die Wirkungen der Oktoberrevolution relativiert. So behandelte der Führer der IKP, E. Berlinguer, die Oktoberrevolution schließlich wie ein „Muster ohne Wert“.

In Bezug auf die innenpolitische Strategie verfocht der Eurokommunismus eine auf den friedlichen parlamentarischen Weg gerichtete Konzeption der „Umwandlung“ und „Transformation“ des Kapitalismus im Bündnis mit nichtkommunistischen Kräften.

Die folgenden Ausführungen von S. Carillo aus seinem damals auch auf Deutsch erschienenen Band „Eurokommunismus´ und Staat“ fassen diesen reformistischen Kurs gut zusammen: „Für die Wege, die wir uns vornehmen: die Erringung eines Sozialismus, der die demokratischen und politischen Freiheiten und die Menschenrechte, die eine unverzichtbare historische Errungenschaft des menschlichen Fortschritts sind, erhält und durch die neue ökonomische und soziale Dimension bereichert, für die Verwirklichung dieses Ideals, reicht es nicht aus, dass wir uns einiger Formeln unserer Theoretiker – wie der der *Diktatur des Proletariats* – entledigen oder dass wir erklären, wir wollten die demokratischen Spielregeln achten. ...

Vor allem aber drängt sich die Untersuchung des gegenwärtigen Staates und ganz besonders der Möglichkeiten auf, ihn auf demokratischem Wege umzuwandeln; ...

Ohne Umwandlung des Staatsapparates bleibt jede sozialistische Transformation unsicher und umkehrbar,... Wie kann man ihn umwandeln. Das ist das Problem einer jeden Revolution, auch der Revolution, die wir auf demokratischem und parlamentarischem Wege mit mehreren Parteien verwirklichen wollen.“ (S. Carillo: ‚Eurokommunismus´ und Staat, Hamburg/Westberlin 1977, S. 13/14)

In Spanien führte diese Konzeption zur sog. „transición“, dem friedlichen und gemeinsamen Übergleiten aus der Hülle des faschistischen Franko-Staates in die bürgerliche konstitutionelle Monarchie unter König Juan Carlos, in der die Machtpositionen und das Bündnis von faschistischer Bewegung, Kirche und Monopolen in Wirtschaft und Politik fortbestand. Dieser Kurs der Anpassung an die Vorgaben der spanischen Großbourgeoisie und des US-Imperialismus führten zum Niedergang, Zerfall und Spaltung der wichtigsten im antifaschistischen Widerstand aktiven organisierten Kraft mit Masseneinfluss, der ruhmreichen Kommunistischen Partei Spaniens.

In Frankreich verlief der Weg der Anpassung der eurokommunistisch umgemodelten starken und in der Arbeiterklasse verankerten PCF ähnlich. Ihr auf die unbedingte Erringung von Regierungspositionen umgepolte innenpolitische Strategie führte so weit nach rechts und so tief in die Arme der Sozialdemokratie unter F. Mitterrand, dass sie in dessen Umarmung förmlich erstickt wurde und bis heute sich vom Verlust an Glaubwürdigkeit und Massenverankerung unter den französischen Werktätigen und der Arbeiterschaft nicht mehr erholt hat. Damit verschaffte sie (ungewollt) dem rechtsradikalen „Front National“ einen innenpolitischen Spielraum unter den von der PCF enttäuschten Arbeitern, den dieser konsequent ausnutzte.

4.6. Erfolgreiches Vorbild? E. Berlinguer und der Niedergang der IKP

Noch dramatischer verlief die Umwandlung der eurokommunistischen IKP, die sich unter dem von E. Berlinguer eingeschlagenem Kurs nach seinem Tode zunächst mehrfach spaltete und schließlich über die Etappen der Transformation zur „Demokratischen Linken“ und anschließend nach weiteren Fusionen mit bürgerlichen Parteien zur „Demokratischen Partei“ fester Bestandteil des normalen bürgerlich-kapitalistischen Parteienspektrums wurde.

L. Mayer, stellv. Vors. des Münchner isw und früherer stellv. Vors. der DKP, hat in einem Nachruf zum 30. Todestags E. Berlinguers diesen als einen vorbildlichen und „großen“ Kommunisten gelobt. Das Schicksal seiner von ihm aber bis an den Rand der Unkenntlichkeit und späteren Selbstaufgabe geführten Partei hat er dabei vom Wirken des wesentlich von Berlinguer wesentlich mit vertretenen Eurokommunismus und abgetrennt. Dies muss mehr als Erstaunen hervorrufen. (Vergl. L. Mayer: Enrico Berlinguer: 30. Todestag eines großen Kommunisten. Auf www.kommunisten.de)

Der bekannte kommunistische Journalist und habilitierte Romanist und Italien –Experte G. Feldbauer stellt in seinem Buch „Geschichte Italiens“ dar, über welche Einzelschritte Berlinguer die größte KP in einem kapitalistischen Land auf den Weg der Kollaboration mit der Hauptpartei der italienischen Großbourgeoisie, der Democrazia Christiana und zum Wechsel ihrer roten Farbe führte, der mit ihrer Selbstaufgabe endete.

„Das erfolgte nicht erst, wie allgemein verbreitet, nach dem faschistischen Putsch im September 1973 in Chile. Bereits auf der ZK-Tagung im November 1971 erklärte Berlinguer, man müsse „aus der endemischen Krise der Regierungen des linken Zentrums herauskommen“, eine „Regierung der demokratischen Wende“ bilden und „die Überwindung der Klassenschranken anstreben“. (Diese und die folgenden zitierten Passagen sind dem Kapitel „Christdemokraten und Kommunisten“ aus dem Buch Feldbauers entnommen.)

„Die IKP schlug der DC vor, an Mehrheiten „zur Lösung der einzelnen Probleme“ teilzunehmen.¹ Auf dem 13. Parteitag im März 1972 löste Berlinguer Longo als Generalsekretär ab. Für den schwerkranken Longo wurde das Amt des Parteivorsitzenden geschaffen. Die DC verfügte über keine Regierungsmehrheit und der Staatspräsident schrieb vorzeitige Neuwahlen aus.

Berlinguer präziserte nun, die „Demokratische Wende“ durch die Zusammenarbeit der drei großen „politischen Volkskräfte“, Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten, herbeizuführen. Gleichzeitig gab die Partei ihre Anti-NATO-Haltung auf und erklärte, den Beitritt zur EG zu unterstützen.²“

Berlinguer schlug dann nach dem Putsch in Chile der DC einen „Compromesso storico“ (Historischen Kompromiss) und die Zusammenarbeit auf Regierungsebene vor.

Feldbauer, der durchaus angesichts der Gefahr eines drohenden faschistischen Putsches in Italien Verständnis für eine breite Bündniskonzept der IKP äußert, bezeichnet Berlinguer in einer anderen, von der DKP Berlin herausgegeben Publikation als eine „tragische Persönlichkeit“. (Vergl. G. Feldbauer: *Compromesso storico. Der Historische Kompromiss der IKP und die heutige Krise der Linken*“. In „Konsequent“ Ausgabe 2/2013, S. 38) Jenseits dieser privat-persönlichen Typisierung ist jedoch der offen zentristische, zwischen marxistischen und revisionistischen Positionen schlingernde politische Kurs E. Berlinguers der entscheidende Gradmesser für sein Wirken. Er bereite damit den Weg zur Zerstörung der IKP.

Feldbauer kritisiert diesen verhängnisvollen Berlinguer-Kurs mit Recht:

¹ „Unita“, 12. Nov. 1971; Berlinguer 1975, S. 75 ff.

² „Unita“, 14. März 1972.

„Jedoch fehlten konkrete Vereinbarungen, wie der Gefahr Einhalt geboten werden sollte. Es hätte beispielsweise darum gehen müssen, das in der Verfassung festgeschriebene Verbot der Wiedergründung der Mussolini-Partei in Gestalt des MSI durchzusetzen, den Staatsapparat, besonders Armee und Geheimdienste, von faschistischen Elementen zu säubern, ein Verbot der offen betriebenen faschistischen Propaganda, darunter Aufrufe zum Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung, wie sie das MSI unter der Losung einer „chilenischen Lösung“ für Italien betrieb, zu erlassen. Nichts davon geschah jedoch.

Durch den Wahlerfolg erhielt die sozialdemokratische Strömung Auftrieb und gewann bestimmenden Einfluss auf die Gestaltung des Historischen Kompromisses. Sie beherrschte vor allem den mächtigen parlamentarischen Apparat, der wiederum eng mit der Parteiführung verknüpft war. Ihre politisch-ideologische Grundlage bildete der sogenannte Eurokommunismus.“

Feldbauer macht deutlich, dass der Kurs des Eurokommunismus bereits unter Berlinguer den Charakter der IKP als einer konsequent antimonopolistischen und antikapitalistischen Kraft zerstörte: „Von den antimonopolistischen Forderungen des 7. Parteitages war nicht einmal mehr in Ansätzen die Rede. Wesentliche Interessen der Arbeiter wurden nicht berücksichtigt. Es gab keine Garantie für die bereits zu dieser Zeit den Angriffen der Confindustria ausgesetzten Scala mobile³. Ebenso spielte die Mitbestimmung der Gewerkschaften in den Betrieben, vor allem in den staatlichen Unternehmen, generell keine Rolle. Es fehlten Verbesserungen auf sozialen Gebieten, besonders im Gesundheitswesen oder in der Bildung. Die IKP stellte keine Forderungen, die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen zu verbessern, sondern fand sich im Gegenteil bereit, rigide Sparmaßnahmen der Regierung mitzutragen und mäßigend auf den Widerstand der Gewerkschaften dagegen einzuwirken. Davon zeugte im Februar 1978 der Kongress der drei Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL im EUR-Viertel von Rom.“⁴

Mit der Erklärung, es sei „eine selbstmörderische Politik (...), den Betrieben überflüssige Arbeitskräfte aufzuzwingen“, da die italienische Wirtschaft dadurch „allmählich in die Knie“

³ Gleitende Lohnscala, mit der die Löhne vierteljährlich automatisch an die Inflationsrate angepasst wurden.

⁴ EUR, Esposizione universale di Roma. Gebäudekomplex, dessen Bau 1938 für die 1942 geplante Weltausstellung im Süden Roms auf einem 474 ha großen Gelände begonnen worden war. Während des Krieges größtenteils zerstört, begann 1951 für die Olympischen Sommerspiele 1960 der Wiederauf- und Neubau. Es entstand ein Gebäudekomplex für zahlreiche Unternehmen mit einem Kongress- und Ausstellungszentrum.

gehe, wandte sich CGIL-Vorsitzender Lama faktisch gegen die Cassa Integrazione.⁵ Außerdem bekundeten die Gewerkschaften ihre Bereitschaft, im Ausgleich für die im Regierungsprogramm mit der IKP vereinbarten Reformen den Kündigungsschutz zu lockern.

Neben berechtigter Kritik an sozialistischen Deformierungen und dem unter Chruschtschow begonnenen Voluntarismus in der UdSSR sowie an der Führerrolle der KPdSU beteiligte sich die IKP an der bürgerlichen Propaganda gegen die Sowjetunion. Sie proklamierte auf der Grundlage der Anerkennung der „Spielregeln der bürgerlichen Demokratie“ und ihrer Integration in deren Parteiensystem einen eigenen „Weg zum Sozialismus“, übernahm das bürgerliche Staatsmodell, für das sie lediglich eine „demokratische Transformation“ forderte und anerkannte die kapitalistische Marktwirtschaft.⁶

Berlinguer erklärte, nicht nur die Bündnisverpflichtungen Italiens zu respektieren, sondern bekundete obendrein, die NATO eigne sich unter bestimmten Voraussetzungen als „Schutzschild“ eines italienischen Weges zum Sozialismus.“⁷

Es kann deshalb L. Mayers Loblied auf Berlinguer kaum anders als eine Parteinahme für eine politische Konzeption bewertet werden, die das Schicksal des Kommunistischen Parteityps auf dem Altar der Unterordnung unter eine völlig falsch verstandene Bündnisstrategie opfert.

4.7. „Revival“ des reformistischen Transformationskonzepts: altes und gegenwärtiges „Erneuerertum“

Es ist selbstverständlich, dass die Diskussion über die Strategie der Kommunistischen Partei immer wieder neu geführt werden muss.

In der heftigen Auseinandersetzung mit der sich an M. Gorbatschow orientierenden Fraktion der sog. „Erneuerer“, die in Wirklichkeit eine Fortsetzung des reformistischen und

⁵ Da es in Italien kein Arbeitslosengeld gibt, setzten die Gewerkschaften 1968 die Einrichtung der Cassa integrazione guadagni durch. Sie gewährte Lohnausgleichszahlungen an die Beschäftigten (Arbeitslose und Kurzarbeiter) in Höhe von 80 % des Nettolohnes

⁶ Chiarante, S. 121 ff. Leonhard, S. 205 ff..

⁷ „Corriere della Sera“, 15. Juni 1976; Galli 1993 (Storia), S. 266 f.; La Rocca, S. 132 f.

eurokommunistischen Kurses innerhalb der DKP in der zweiten Hälfte der vergangenen 80er Jahre spielte neben der Frage „Wie hältst Du es mit ‘Gorbi` und der Perestroika?“ die Infragestellung der Strategie des revolutionären Bruchs und der dahin führenden Etappe des antimonopolistischen Kampfes und der antimonopolistischen Demokratie eine wichtige Rolle.

Die damals vorgelegte Konzeption einer sog. „Reformalternative“ hätte bei ihrer Annahme einen Bruch mit dem damals gültigen Parteiprogramm von 1978 und der revolutionären Strategie der DKP dargestellt. Das wäre damals das Ende der DKP als autonomer KP gewesen. Dies war den Theoretikern der „Erneuerer“ durchaus bewusst, auch wenn dies lange im Dunkeln blieb.

In ihrem erst gegen Ende der Auseinandersetzungen veröffentlichten Buch „Reformalternative“ verdeutlichten H. Jung und J. Huffs Schmid dann ihre Abkehr von der strategischen Konzeption der DKP.

Es sei mit der „Reformalternative“ ein Vorschlag erarbeitet worden, der „vom Ansatz auf systeminterne Änderungen (zielt): da sie jedoch eine andere als die herrschende Interessenslogik freisetzen können, enthalten sie bis zu einem gewissen Grad auch immer transitorische Tendenzen.“ Die „Reformalternative“ stoße an die „Barrieren von Macht- und Herrschaftsverhältnissen in der Ausformung der konservativ-privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus, deren soziale Träger und Interessen in der Monopolbourgeoisie und ihren politischen Interessensvertretern zu orten sind.“ (J. Huffs Schmid / H. Jung: Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer. Arbeitsmaterialien des IMSF 28, Frankfurt 1988, S. 105)

Wenngleich ihr Vorstellung von „Transition“ weiterhin als eine „Auseinandersetzung mit dem Monopolkapital“ verstanden werden sollte, so wird doch nur wenige Seiten weiter die von der „Reformalternative“ verkörperte „Transformationsperspektive“ schließlich doch deutlich von der Verknüpfung mit der marxistisch-leninistischen Strategie des Heranführens an die sozialistische Umwälzung deutlich unterschieden und bewusst abgegrenzt. Ja, die Autoren sprechen offen von einem „Wechsel der strategischen Orientierung“ (S. 153). Sie führen dazu aus:

„Es kann kaum übersehen werden – dazu haben wir an verschiedenen Stellen unsere Meinung ausgedrückt –, dass in der Strategie der demokratischen Reformalternative die antimonopolistische Orientierung, wie sie für die marxistische Strategie in der Vergangenheit

bestimmend war, in den Hintergrund tritt.“ Es sei damit auch eine „qualitative Weiterentwicklung des Konzepts der Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ beabsichtigt, da schließlich insgesamt überhaupt offen gelassen solle, „ob die Verwirklichung der Reformalternative den Weg zu einer antimonopolistischen Demokratie als zwischen- und Übergangsetappe zum Sozialismus öffnen muss.“ (ebenda, S. 153)

Verbunden ist dies auch mit der Absage an die klassenmäßig eindeutige Orientierung auf die Arbeiterklasse, deren Aktionseinheit im Verständnis der DKP-Strategie der Kern der antimonopolistischen Bündniskonzeption sein muss. Jung/Huffschmid schrieben: „Das Subjekt solcher Veränderungen kann sich nur im Prozess der Erfahrungen des Kampfes um die Reformalternative formieren. (a.a.ao. S. 154)

Dieser „Abschied auf Raten“ von der revolutionären anti-monopolistischen Strategie der DKP wird heute de facto erneut im Konzept der „Transformationsstrategie“ vorgetragen. Dabei sind die Inhalte und zum Teil auch die Akteure identisch mit den alten eurokommunistischen und „erneuerten“ Reformkonzeptionen der 70er und 80er Jahre.

Aktuell wird erneut problematisiert, ob nicht eine Konzeption der schrittweisen „Transformation“ des Kapitalismus“ (Vergl. L. Mayer „Krise, Hegemonie und Transformation bei Antonio Gramsci“) statt der Strategie des „revolutionären Bruches“ mit dem Kapitalismus die richtigere strategische Option sei.

Wie oben dargestellt wäre dies der späte Triumph einer politischen Leiche namens „Eurokommunismus“, der sich heute jedoch als „Europäische Linke“ drapiert. Die Neuauflage der „Transformationsstrategie“ erlebt dank des aktiven Werbens der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Bildungseinrichtung der „Europäischen Linke“ „transform“ und ihres Münchner Zweiges, des „isw“, gegenwärtig eine regelrechte Renaissance.

Das isw ist mit seinem Vorsitzenden C. Schuhler - vor 1989 zeitweiliger Chefredakteur der „uz“, zuletzt Vertreter der an der Politik von M. Gorbatschow orientierten „Erneuerer“-Richtung in der DKP - und seinem stellv. Vorsitzenden L. Mayer, ehemaliger stellv. Vors. der DKP, besonders aktiv und produktiv bei der Propagierung der „Transformationsthese“.

Das isw ist seit Ende 2013 offizielle Mitgliedsorganisation der Bildungseinrichtung der EL, „transform“ und hat sich in der Strategiediskussion mit seiner linksreformistischen Schwerpunktsetzung deutlich von früheren marxistischen Positionen entfernt.

Robert Steigerwald hat sich vor einiger Zeit ausführlich zum „Transformationskonzept“ geäußert und H.-P. Brenner hat in längerem Beitrag für die „jw“ auf die Vorgeschichte der bereits von Eduard Bernstein zu Beginn und der Sozialistischen Internationale in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts propagierten Transformationstheorie hingewiesen.

Kern der gemeinsamen Kritik ist folgendes: Ob „Transición“, „Transition“, „Transformation“ - ob „Reformalternative“, neubelebte sozialdemokratische „Wirtschaftsdemokratie“ oder „systemüberschreitende Reformen“- der Grundgedanke und der reformistische Kern ist immer gleich.

- Die marxistisch-leninistische Analyse der Rolle des Staates als eines Produktes der unversöhnlichen Klassengegensätze und als Instrumentes der ökonomisch dominierenden Kräfte der (Monopol-) Bourgeoisie wird im Sinne eines nach allen Seiten hin mehr oder weniger offenen und flexiblen System umgedeutet, das einen fließenden Übergang ohne politische qualitative Sprünge, die notfalls auch mit revolutionärer Gewalt auszutragen erlaubt.
- Die Zuordnung der politischen Kategorien „Reform und Revolution“ im Sinne R. Luxemburgs und Lenins innerhalb und zu einer Strategie des revolutionären Bruchs wird aufgegeben. Eine x-beliebig lange Reihe von Reformen wird schließlich – ohne Klärung der alles entscheidenden Frage „Wer wen?“ – friedlich-schiedlich im Sozialismus enden.
- Die Frage des revolutionären Subjektes ergibt sich nicht aus der Analyse der kapitalistischen Produktionsweise und des daraus folgenden objektiven Hauptwiderspruchs zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse, sondern löst sich auf in einem unspezifischen „Netz“ wechselnder „Subjekte“ von Transformationsprozessen oder wird zum unbestimmten Bestandteil einer diffusen Mosaik-Linken.
- Die revolutionäre Partei und die Rolle der Kommunistinnen und Kommunisten wird entwertet zu einem Teilelement von gemeinsam nicht sehr viel Wissenden und gemeinsam Lernenden, die sich nach dem Prinzip von „trail and error“ gemeinsam auf einen „Suchprozess“ mit bestimmten Ziel aufgemacht haben.

Dies ist jedoch nicht der Weg der DKP. Und dies ist auch nicht der Weg den Parteien marxistisch-leninistischen Zuschnitts in anderen Ländern gehen. Denn er endet in der Selbstaufgabe.